Rede von Bodo Ramelow

zur 2. Tagung des 6. Landesparteitages in Weimar am 27.10.2018

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

auch diejenigen, die am Livestream sind, seien gegrüßt!

Ich beginne mit einer Frage, die ich richtig ernst meine: Kennt hier jemand Burla? Hand hoch! Wer kennt Burla? Ein schönes kleines Dörfchen, ich glaube nicht mal mit hundert Einwohnern. Eine meiner ersten Erfahrungen, als ich Ministerpräsident wurde: Ich bekam von dem Ortsbürgermeister aus Burla eine E-Mail, es war kurz vor Weihnachten und er schrieb mir eine Geschichte, bei der ich ziemlich verzweifelt war, denn er hatte eine Flüchtlingsfamilie bzw. eine Familie, die die Absicht hatte, einen Asylantrag zu stellen. Sie war aus Albanien, es waren Romas. Und er schrieb mir, ob ich helfen kann. Und ich teilte ihm mit, dass das deutsche Ausländerrecht so gestrickt ist, dass diese Familie, wenn sie ein Asylantrag stellt, keine Chancen hat. Und trotzdem habe ich verstanden, dass eine Familie die durch Europa geschubst worden ist, einfach ein Recht darauf hat, irgendwo ein Stück Heimat zu finden! Und wenn ein Ortsbürgermeister sich dafür einsetzt und wenn die Nachbarn sich dafür einsetzen, dann muss es doch gelingen, dass wir solchen Menschen ein Willkommen nicht nur erklären, sondern sagen, wir sind froh, dass ihr da seid! Und er hat mir damals geschrieben, es ist die erste Familie seit über 20 Jahren die überhaupt ins Dorf gezogen ist. Und was mich umgehauen hat: damals erzählte er mir schon die Geschichte, dass der Vater und der Sohn jeden zweiten Tag auf den Kirchturm hochgehen und in Burla die Kirchenuhr aufziehen.

Es sind Muslime und trotzdem gehen sie in der evangelischen Kirche jeden zweiten Tag den Kirchturm hoch und ziehen die Uhr auf.

Wir haben es geschafft mit der Kollegin Kruppa (Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge in Thüringen) zusammen einen Weg zu finden, wie ein Arbeitsantrag gestellt werden konnte, wie eine Arbeitsgenehmigung erteilt werden konnte. Mittlerweile leben fünf Menschen in Burla, alle fünf sind in Arbeit oder in Ausbildung. Die drei Kinder sind alle drei in der Berufsausbildung und Mutter und Vater gehen arbeiten. Und ich habe sie vor einigen Wochen besucht und ich war glücklich zu sehen, wie ein ganzes Dorf mit dieser Familie

zusammen lebt und wie Willkommen nur gelingt, wenn man eine Chance hat, in unsere Gesellschaft auch hineinzukommen, wenn wir nicht mit rechtlichen Hürden die Menschen daran hindern, integriert zu werden. Und deswegen war es mir nicht einerlei, als ich hörte am Sonntag, was in Saalfeld passiert ist. Das nachts um 2 Uhr, das übersteigt meine Phantasie, dass nachts um zwei, Polizeibeamte in einen Krankenhaus kommen und die Schwester in den Kreißsaal schicken und sagen, der Mann soll rauskommen. Und das BAMF teilt hinterher noch mit, diese Abschiebung sei rechtens, weil, das Kind sei ja noch nicht geboren und weil es noch nicht geboren sei, sei ja noch keine Bindung zum Vater entstanden. Ich habe mir alle Akten vorlegen lassen. Die Ausländerbehörde hat ordnungsgemäß dem BAMF mitgeteilt, dass die Vaterschaft besteht, dass die Vaterschaft anerkannt ist und dass die Vaterschaft

Und was ist unser Grundgesetz wert, was ist der Schutz von Familie wert, wenn eine Behörde auf einmal Beamte, Polizeibeamte als Vollzugshelfer rein schickt und sagt, solange das Kind noch nicht geboren ist..... am besten fünf Minuten vor der Geburt! .. sei ja noch keine Bindung da... und der Schutz würde sich noch nicht entfalten. Wie herzlos muss man sein, solche Entscheidungen zu treffen. [Applaus]

Und Genossinnen und Genossen,

ich bin nicht ohne Grund bei den Jenaer Vierlingen Taufpate geworden. Ich bin Kraft Amt, als Ministerpräsident, bei allen Vierlingen Pate, aber bei den Jena Vierlingen bin ich auch Taufpate, weil die Vierlinge zusammen in der evangelischen Kirche in Jena getauft wurden. Ich habe es bewusst entschieden, dass ich Taufpate sein will, weil ich deutlich machen wollte: diese vier Kinder würden gar nicht leben, wenn die Mutter nicht nach Jena hätte kommen können, um in Jena die Vierlinge zur Welt zu bringen, weil sie zu Hause in ihrer Heimat keine Chance gehabt hätte, die Kinder ohne das Leben der Kinder oder der Mutter selber zu riskieren, auf die Welt zu bringen. Und dass sich in Jena alle gekümmert haben, dass die Klinik sich gekümmert hat, die Ärzte sich gekümmert haben, der Kirchenvorstand, alle beteiligten sich reingeteilt haben, bis hin zur Still-Patenschaft, ist doch ein unglaubliches Wunder, ein positives Wunder der Menschlichkeit und einer unglaublichen Geste!

Und auch da, kaum waren die Kinder so weit, dass sie aus dem Krankenhaus entlassen werden konnten, ging es schon los mit dem Abschiebeverfahren. Und wir mussten einen sehr komplizierten Weg wählen. Warum erzähle ich das? Weil die Frage, wenn wir über Abschiebung reden oder wenn wir über Ausländerrecht reden, davon abhängig ist, ob wir es

schaffen, das bundesdeutsche Recht, das so aufgebaut ist, dass keiner zu uns kommen soll... Es ist immer noch ein Recht, Arif hat es vorhin mit dem Antrag über das Kommunalwahlrecht erläutert: Das gesamte Rechtssystem ist so aufgebaut, dass keine Menschen zu uns kommen sollen. Sie sollen über die juristischen Hürden abgeschirmt werden, weggehalten werden. Und wenn wir das nicht ändern, wenn wir die Diskussion dazu nicht ändern, wenn wir den gesellschaftlichen Diskurs in der Gesellschaft nicht erreichen: dass Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit auch unterschiedlich sein dürfen und erst in der Unterschiedlichkeit eine Gesellschaft stark sein kann. Wenn sie sich aushält miteinander. Wenn wir wenn wir es nicht schaffen, diese Diskussion weg von der Frage Asylrecht, weg von der Frage Abschiebung, weg von der Frage: "Sollen die Grenzen zu gemacht werden oder sollen die Grenzen "offen" gehalten werden?" Diese Frage verunsichert die Bürger immer mehr, weil sie gar nicht einordnen können, um was es in unserem Land eigentlich geht. Und deswegen sage ich, wir brauchen auch eine Diskussion über Einwanderung, über Zuwanderung und über die Vielfalt in der Gesellschaft und über eine offene Gesellschaft. Das ist weit mehr, als einfach nur eine, von "rechts" gegebene Antwort, dass man die Grenzen nur abschotten muss und dann seien die Probleme schon gelöst, dann würde es schon allen besser gehen...

Und deswegen liebe Genossinnen und Genossen, das eine Thema hängt mit dem anderen Thema zusammen, warum hören Menschen derzeit auf Populisten und Schreihälse?

Weil in den Herzen der Menschen eine Sorge sich breit macht, dass sie im Alter arm sind, dass sie ihr Leben lang gearbeitet haben, oder dass ihre Kinder oder Enkel unter Armutsbedingungen groß werden.

Und deswegen betone ich immer wieder: Ich bin unter Armutsbedingungen groß geworden. Ich weiß, was Armut heißt. Da aber alle anderen Klassenkameraden genauso arm waren, spielte das keine Rolle, weil, es gab ein Zukunftsversprechen, dass wir in eine bessere Welt aufbrechen. Ich rede von den 60er und 70er Jahren und da sage ich, ausdrücklich galt das für die DDR genauso, wie für die BRD und mittlerweile sind wir in einem vereinten Deutschland und wir haben drei Millionen Kinder, die unter Hartz IV Bedingungen groß werden. Die erleben die Stigmatisierungen der Armut, die erleben über Zuzahlung und über Verrechnung, was es

bedeutet, wenn die Eltern arbeiten gehen und trotzdem vom Amt abhängig sind. Die erleben, was es heißt, einen Pullover zu kriegen oder einen Pullover nicht zu kriegen, was es heißt, den Reise-Zuschuss zu kriegen, an der Klassenfahrt teilzunehmen, aber den Pullover nicht zu haben, um daran teilzunehmen. Und das alles ist diskriminierend. Das alles ist verletzend. Aber es ist verheerend für uns, als Gesellschaft, weil das einzige Vermögen, das wir in unserer Gesellschaft haben das, ist was die Kinder im Kopf haben und das wir mit den Kindern entwickeln. Denn die Bildung ist das einzige Rückgrat, das die Vermögen und die Wirtschaft und das gemeinsame Wirtschaften überhaupt organisiert. Technische Innovation kann nur gelingen, wenn es Menschen gibt, die technische Innovation beherrschen. Und Kreativität kann nur gelingen, wenn Menschen da sind, die ohne Angst an Kreativität arbeiten.

Deswegen sage ich, wir sollten nicht einfach nur immer über die Frage "Ausländer, Flüchtlinge, Flüchtlingsrecht" reden sondern wir sollten über "gesellschaftliches Zusammenleben" reden:

Was ist eine gemeinsame Gesellschaft?

Was bedeutet es, dass wir jedem einzelnen Kind wieder eine Zukunfts-Chance geben?
Und was bedeutet es, dass wir jedem einzelnen Menschen eine Garantie geben, dass wenn er sein Leben lang arbeiten geht, er niemals in der Armutsfalle ankommt, er niemals die Erfahrung macht, im Alter Anträge bei irgendeiner Behörde zu stellen!

Wo leben wir denn, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt das Thema "Umverteilung" gar nicht mehr thematisieren, das Thema "Steuergerechtigkeit" gar nicht mehr thematisieren und dass die Antworten die Systemantworten derzeit ganz laut von "rechts" gegeben werden. Die Systemfrage stellen die "Rechten". Aber sie meinen eine nationalistische Politik und sie meinen eine Rückführung auf das Abstammungsprinzip "Abstammung" heißt "Blut und Boden" und nicht auf den Menschen zu bauen.

Wir als Linke orientieren uns an jedem Menschen und sagen: jeder Mensch ist uns erst mal gleich viel wert. Das ist keine Gleichmacherei, sondern es ist der Ausgangspunkt staatlichen Handelns, dass jeder die gleiche Chance haben muss und wir ihn begleiten auf seinen unterschiedlichen Wegen! Deswegen ist es mir nicht ganz egal, ob wir eine solidarische

Gesellschaft als Zielstellung haben oder ob wir uns davon leiten lassen, das die Börse darüber entscheidet, ob unsere Rente gesichert ist.

Wer auf die Börse sein soziales Sicherungssystem aufbaut, der hat auf Sand gebaut. Riester war der größte Fehler unserer Gesellschaft, [APPLAUS] zu glauben zu glauben, dass man die Altersabsicherung über die Börse und über börsennotierte Finanzmarktprodukte absichern kann.

Deswegen liebe Genossinnen und Genossen,

die Welt verändert sich. Wir leben in einer Welt der rasanten Veränderung. Wenn aber ein Teil unserer Menschen Angst vor der Veränderung hat, weil sie keine Zukunft Hoffnung haben, dann ist das die Stunde der Populisten und der Schreihälse und dann wird die Systemfrage von "rechts" gestellt. Ich habe heute morgen gehört den Satz von Susanne, wo ich dann so einen Moment überlegt habe, geht es wirklich um Ramelow oder eine Entwicklung, die dieses Land zerstört und ich habe danach den "Spiegel" in der Hand gehabt und den Artikel über Björn Höcke gelesen. Ich empfehle euch das, weil da wird ganz alltagsdeutlich, ganz schlicht erläutert, woran der Kollege, nein ist er nicht, woran dieser Herr arbeitet, nämlich die Systemfrage von "rechts", moderner Faschismus im verkleideten Umfeld und das ganze als Angebot, das am Ende die Frage steht, sollte man mit einer solchen Partei, wie in Österreich oder wie in Italien, auf einmal Regierung bilden.

Darum geht es. Ob wir andere demokratische Antworten auf ein Regierungshandeln haben, bei dem wir deutlich machen,

- warum es Sinn macht, auch einen linken Ministerpräsidenten zu haben,
- warum es Sinn macht, eine Fokussierung auf ein gesellschaftliches Leben zu haben, bei dem keiner vergessen wird und bei dem jeder mit mitgenommen wird und die Aufgabenstellung darin steht, jeden mitzunehmen! [APPLAUS)

Und ja, liebe Genossinnen und Genossen,

da muss man auch darüber reden, dass regierungsamtliches Handeln eingebettet ist in Gesetze und diese Gesetze von Menschen gemacht sind! Und wenn wir bestimmte Gesetze nicht verändern, weil wir keine Mehrheiten dafür kriegen, nutzt ein linker Ministerpräsident alleine auch nichts. Der kann da drin nur Zeichen setzen. Also die Geschichte der Abschiebung oder versuchten Abschiebung aus Saalfeld habe ich mir erlaubt, vorgestern sehr

ausführlich im Kreis aller Ministerpräsidenten zu erzählen. Und es sind zwei CDUMinisterpräsidenten, deren Frauen gerade in der letzten Woche Kinder gekriegt haben. Die
haben verstanden, von was ich erzählt habe. Die Frage ist nur, ob jemand da ist, der es
erzählt! Und die Frage ist, ob man anschließend das tut, was ich getan habe, nämlich alle
Kollegen Ministerpräsidenten gebeten, dass wir eine Verabredung treffen, dass ich so etwas
nicht mehr wiederholen darf und dass man dazu einen Kriterienkatalog entwickeln muss und
dazu auch das Bundesrecht geändert werden muss. Und deswegen habe ich gestern bei der
Abstimmung im Kreis der Ministerpräsidenten wieder darauf bestanden, eine "AltfallRegelung-Spurwechsel" als Instrument für unsere Ausländerbehörden, damit die
Ausländerbehörde selber entscheiden kann, wer seinen Asylantrag zurück gibt, der kann
dafür im Gegenzug eine Arbeitsgenehmigung erhalten und wenn er nachweist, dass er
integriert ist und unsere Sprache spricht und sich längst mit seiner eigenen Hände Arbeit
ernährt, macht es keinen Sinn, weder nach Dublin oder nach sonst einer Rechtsregelung so
jemand abzuschieben. [APPLAUS]

Und es ist einfach ein Problem, und auch damit falsch, wenn wir innerhalb der LINKEN darüber streiten. Weil die Wählerinnen und Wähler nicht verstehen, wofür wir kämpfen. Also, um nicht falsch verstanden zu werden:

Ich kämpfe nicht per se für eine offene Grenze. Weil ich glaube, eine Grenze ist auch dazu da, um geschützt zu werden. Aber ich kämpfe für eine Grenze die nicht mörderisch ist, weil die Menschen in der DDR haben noch eine Erinnerung daran, was es heißt, so eine Grenze zu haben und das ist das, was vom Westen immer der DDR vorgehalten worden ist. Und jetzt ist die Grenze weg und als Alternative bauen wir jetzt um ganz Europa die gleiche Grenze und sagen, jetzt sind wir aber die Guten. Das halte ich für den Fehler. Deswegen will ich auch die Kolleginnen und Kollegen, die sozusagen aus der konservativen Ecke kommen, auffordern darüber nachzudenken, dass man so mit Menschen nicht umgehen kann. Deswegen kommt es aufs Weltbild und aufs Menschenbild an. Wo, von welcher Seite her, wollen wir Politik entwickeln.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt noch einen zweiten Grund, da streit' ich dann immer mit Steffen darüber, ob ich das so sagen soll oder nicht und ich sage, ich will dass Integration gelingt, wenn Unternehmer es schaffen, mit einem Flüchtlingen einen Prozess einzugehen, dass er die Ausbildung macht und über die Ausbildung Arbeitnehmer wird. Weil der Unternehmer kümmert sich dann darum, dass dieser Mensch ein Teil seines Betriebes, ein Anteil seines Dorfes ist. Deswegen komme ich noch mal auf Burla. Wenn da der Ortsbürgermeister das nicht gemacht hätte und wenn da die Agrargenossenschaft nicht da wäre, um die Arbeitsplätze am Anfang schon zu organisieren, hätte es so nicht funktioniert.

Deswegen bin ich dankbar all den Nachbarn, die da mit geholfen haben. Die sich solidarisch versammelt haben. Und deswegen ist es eben auch ein Nutzen für das ganze Dorf, das eine neue Familie da ist, die Teil des Dorfes geworden ist. Und dasselbe kann ich euch jetzt an zehn Ecken in diesem Land erzählen und deswegen freue ich mich auch über konservative Unternehmer, die sagen, wir wollen, dass Flüchtlinge zu Arbeitnehmern werden. Und dann sage ich, dann lasst uns den nächsten Schritt gehen. Wir haben gemeinsam gekämpft, dass die Auszubildenden jetzt drei Jahre bleiben dürfen und dann noch mal zwei Jahre hinterher. Der sehr starke CDU-Unternehmer Helmut Peter in Nordhausen hat daraus Ausbildungsverträge gemacht, hat sich sehr engagiert. Ich besuche diese Ausbildungsklasse im ersten Jahr, alle hochmotiviert und drei sitzen da mit einem langen Gesicht und ich frage, was ist los und alle drei haben Abschiebeverfahren gerade bekommen. Und ich frage, wieso Abschiebeverfahren, ihr habt doch einen Ausbildungsvertrag 3 + 2? Und da sagt mir die Behörde auf meine Nachfrage, ja, das Abschiebeverfahren ziehen wir verwaltungstechnisch durch, aber es wird ja nicht vollzogen und da habe ich die Luft angehalten, habe gesagt, was heißt das für junge Leute, die zusammen auf der Schulbank sitzen, wenn drei unter ihnen sitzen, die auf einmal sich mit dem Verwaltung herumstreiten müssen, ob sie bleiben dürfen oder nicht, wenn sie genau wissen, sie können noch vier Jahre da bleiben. Und dann fragt sich auch der Unternehmer, ob wir als Politik, alle verrückt sind. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch über Zuwanderungsrecht reden, wir müssen auch über Einwanderung reden.

Thüringen steht als Bundesland vor 344.000 Verrentungen. 344.000. Also alle, die in der Lage sind, darüber nachzudenken, ob wir noch ein paar mehr Kinder bekommen könnten, sollten darüber jetzt freundlich nachdenken, aber es wird alles nicht reichen. Wir können aus dem eigenen Bestand unserer Bevölkerung gar nicht so viel Menschen für den Arbeitsmarkt vorbereiten, die wir gerade brauchen und deswegen brauchen wir Zuwanderung. Wenn über uns geredet wird, dass bei uns die Welt untergeht, dann werden sich Menschen dreimal überlegen, ob sie hierher kommen und wenn sie eine andere Hautfarbe haben oder ein

Kopftuch tragen oder einer anderen Religion angehören, werden sie sich dreimal überlegen, ob sie sich in unsere Richtung bewegen oder nicht. Deswegen möchte ich, dass wir dieses Bundesland nach außen so präsentieren und auch deutlich machen: Wir sind ein ökonomisch starkes Bundesland. Wir sind ein Bundesland, indem der Arbeitsmarkt mittlerweile gut funktioniert, nur nicht für Langzeitarbeitslose. Deswegen müssen wir uns um Langzeitarbeitslose kümmern, wie es Heike Werner macht.

Und wenn wir dann den Integrationsweg auch von Langzeitarbeitslosen oder Gehandicapten gut organisieren, dann wird deutlich, wir brauchen jeden Einzelnen. Es darf nicht die Begrenzung sein, über die Leistungsfähigkeit, das du olympiatauglich sein musst. Wir brauchen jeden Einzelnen.

Aber wir brauchen darüber hinaus noch viel mehr. Ohne das geht es gar nicht. Deswegen müssen wir genau darüber auch reden und darüber haben wir Bündnispartner, die bereit sind, mit uns zu reden, nämlich Unternehmerinnen und Unternehmer. Heike hat jetzt den Arbeitsmarkt Bericht vorgelegt. Wir haben tatsächlich bei den Stellen, die ausgeschrieben sind, mittlerweile sechs Monate Zeit, also sechs Monate suchen die Unternehmen, bis sie jemand haben. Und da gibt es Beispiele, wie Neuhaus: die haben die "Obenauf-Initiative" gegründet. Die fahren jetzt gemeinsam nach München und werben dort gezielt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und was haben sie im Angebot? Die Kinderbetreuung in Thüringen, die Schule und sie haben im Angebot noch eine Miete, die im Verhältnis zu München, in Neuhaus bezahlbar ist. Und so werben sie gemeinsam in München. Den Münchner Lohn werden wir nicht durchsetzen können. Ich bin dafür, dass wir die Lohnverbesserung immer auf der Tagesordnung stehen haben und ich bin froh, dass wir vom letzten Platz Niedriglohnland endlich drei Etagen weiter nach oben gekommen sind. Das ist mir nur noch nicht genug. Es ist die richtige Richtung, aber noch nicht genug.

Und deswegen Genossinnen und Genossen,

wenn wir über Beitragsfreiheit in den Kindereinrichtungen reden, da müssen wir auch darüber reden, was wir an leistungsfähigen Kindereinrichtungen haben. Wenn ich manchmal veröffentlichte Meinungen über Schule und Kinderbetreuung höre, habe ich das Gefühl, die Welt geht unter und dann frage ich mich, wie schaffen das eigentlich unsere Schülerinnen und Schüler den besten Jahrgang in Deutschland im Abitur-Jahrgang zu stellen. Ich frag mich das dann immer. Und bei der Kinderbetreuung, wir haben elf Stunden Servicezeit im Gesetz

geregelt. Das es da immer Verbesserungen gibt, es doch ganz klar. Aber in Hessen sind sechs Stunden, in Rheinland-Pfalz sind sechs Stunden und in Rheinland-Pfalz oder in Hessen ist die Erwerbsmöglichkeit für Frauen nicht mal die Hälfte der Chancen, die jede Thüringerin, wie selbstverständlich hat. Deswegen, wer uns in solche Situationen zurücktreiben will, wir uns auf sechs Stunden reduzieren wollte, der will auch, dass Frauen wieder aus den Betrieben raus sind. Aber diese Form wollen wir nicht zulassen!

Ich erinnere mich noch an den Satz von Bernhard Vogel (CDU): "In Thüringen wäre die Arbeitslosigkeit genauso gering, wenn die Erwerbstätigkeit der Frauen nicht so hoch wäre." - Diesen Satz habe ich noch gut in Erinnerung.

Deswegen sage ich, wer uns jetzt Vorschläge macht, die uns wieder zurück führen sollen, da gibt es die einen, die wollen uns in das gesellschaftliche Bild der 50ziger-Jahre zurückführen und es gibt eben Herrn Höcke, der würde uns gerne auch gern vor 1945 zurückführen. Und beides dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen nach vorne wollen! [APPLAUS]

Ich war ich war gerade in den Niederlanden. Schade, dass ihr es in euren Heimatzeitungen nicht erfahren konntet, weil die Heimatzeitung hat ja keine Zeit, mit Ausnahme der "Süd-Thüringer" und der "Freien Wort", die waren dabei. Aber die anderen hatten leider keine Zeit, jemanden mitzuschicken. In Eindhoven, die Firma ASML.. Diese Firma produziert 85 Prozent der Welt-Chipfabriken, 85 Prozent der Welt-Chip-Fabriken, also alles, was ihr an Handys oder sonst was benutzt, hat Teile, die aus einem Apparat kommen, der in Eindhoven hergestellt worden ist. 100 Firmen aus Thüringen sind Zulieferer für ASML. Und die zwei entscheidenden Elemente, die dort verbaut werden in einer Chip Fabrik, kommen von Jenoptik und Carl Zeiss, beides aus Jena. Wenn nun Eindhoven in den Showroom reinkommt, ist die Ernst Abbe-Formel über den gesamten Showroom an der Wand. Ich hätte gerne, dass die Thüringerinnen und Thüringer das lesen würden. Nicht wegen mir, sondern um zu kapieren, dass wir hoch produktiv sind und dass wir Weltmarktführer haben und dass es bestimmte Produkte auf der Welt gibt, die nur funktionieren, weil sie von hier kommen, weil sie ihr erdacht worden sind, weil sie ihr produziert werden und weil wir als Land Thüringen mit diesen Betrieben ganz weit vorne sind.

Dasselbe, wenn ich in Lauscha bin. "Lauscha Fiber International", da gehst du in die Firma rein, technisches Glas... es gibt auf der ganzen Welt kein Auto mit einer Start-Stopp-

Automatik, kein einziges, dass nicht die Glasmatte aus Lauscha hat. Also, alle denken bei Lauscha, an Christbaumschmuck oder an Glasaugen, das stimmt auch alles.

Und an Thüringen denkt jeder, wenn es um Kindergarten geht, ja, und der heißt Kindergarten! Und die Tütensuppe ist auch in Thüringen erfunden worden und in der Tat mit 60 Firmen sind wir Weltmarktführer. Das müssen wir den Menschen auch erzählen! Und wenn wir uns dann vergleichen, mit zum Beispiel Portugal oder Spanien oder Italien oder Griechenland dann liegen wir wirtschaftlich mittlerweile weit drüber und auf 1000 Einwohner gerechnet, haben wir die vierthöchste Anzahl von Industriearbeitsplätzen in ganz Deutschland. Das müssen wir doch den Menschen erzählen!

Wenn wir uns aber immer nur vergleichen mit Westdeutschland, also mit Bayern oder Baden-Württemberg dann wird es schiefgehen, weil, den Abstand erreichen wir immer noch nicht. Dafür haben die aber auch viel mehr Zeit gehabt und viel mehr Geld und viel mehr Knowhow und deswegen ärgert es mich so sehr, wenn der neue BDI-Hauptgeschäftsführer (Joachim Lang) sagt "In Thüringen ist alles top, nur die Produktivität, die funktioniert nicht." Soll heißen, das hören die Menschen: "die Menschen seien fauler, weil, sie seien ja nicht so produktiv."

In Wirklichkeit ist es ein statistisches Element, es ist ein statistischer Vorgang. Weil, wir liefern die Zulieferteile hoch produktiv (eine Stunde mehr Arbeit, weniger Weihnachtsgeld, weniger Urlaubsgeld) aber hoch produktiv. Und abgerechnet wird es in der westdeutschen Konzernzentrale, wo die Steuer auch abgerechnet wird.

Insoweit erwarte ich nicht, dass man mit uns zurückhaltend umgeht, aber ich erwarte Respekt vor einem Bundesland [APPLAUS], das die entscheidenden Elemente bringt, dass die entscheidenden Elemente bringt, damit die Konzernzentralen überhaupt so abrechnen können, wie sie abrechnen.

Und dann erwarte ich, dass man uns über den Bundessteuersäckel auch den Anteil wieder auszahlt, damit wir mehr Lehrer einstellen können. Damit wir den Anteil der gesamtdeutsch erwirtschaftet wird, auch wieder in Bildung investieren und in Kinder Betreuung und so weiter und so weiter.

Und deshalb, liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns gemeinsam auch, eingebettet in das, was um uns herum geschieht, gemeinsam mit den anderen darum kämpfen, dass dieses ganze Bundesland, dieses ganze Land und nicht nur unser Bundesland sozialer und gerechter wird! Und auch sicherer! Ja, sicherer! Und da mein ich nicht Sicherheit durch Polizei, ich meine Sicherheit durch alle Elemente! Und dazu zählt eben auch die soziale Sicherheit!

Die gesamte Sicherheit für jeden Menschen ist gemeint!

Und dass DIE LINKE spannend ist, das zeigt doch die Wahl morgen in Hessen. Janine Wissler und ihre GenossInnen machen doch eine großartige Arbeit! Und das es gelingt, dass sie morgen, wie selbstverständlich, wieder in den hessischen Landtag einziehen! [APPLAUS] Und dass man im Moment glaubt, es könnte sein, dass es doch eine rot rot grüne Landesregierung geben könnte, das wäre jedenfalls für mich eine schöne Entlastung. Dann hätte ich einen zweiten neben mir und wir hätten auch ein West-Bundesland. Und dann stellt euch mal vor, wir würden diese Themen noch viel stärker im Bundesrat thematisieren! Nicht nur ich individuell, sondern viele andere auch! Das wir sagen, wir reden von den Menschen her!

In einem der reichsten Länder der Welt kommt es auf uns an, das über Verteilung und Umverteilung geredet wird. Aber nicht Verteilung und Umverteilung nach Blutsbande, sondern Verteilung und Umverteilung für alle Menschen, die bei uns leben, die mit uns leben und die dafür sorgen, dass wir eine gute Zukunft haben.

Also muss Politik dafür sorgen, dass jeder Mensch auch einen Anspruch auf eine gute Zukunft hat! Und diesen Anspruch auf gute Zukunft müssen wir dokumentieren!

Und dafür, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht für weniger kämpfen wir bei der nächsten Landtagswahl! Wir wollen deutlich machen, ein konservatives Modell oder eine, bis ins faschistische reichende Option. Das alles sollten wir mit den Wählern bereden:

Das ist eine andere demokratische Mehrheit in diesem Land gibt!

Und das ist nicht auf Umfragewerte ankommt, sondern am Ende auf die Verlässlichkeit von Landespolitik. Und die Landespolitik, ob das Birgit Keller war, die an der Seite der Landwirte gestanden hat, ob das Helmut Holter ist, der an der Seite der Lehrer und der Bildung steht oder ob das Benni Hoff, der auf der Seite der Kultur steht. Wir haben doch deutlich gemacht,

dass wir mit der Chance, die wir geboten bekommen haben, gemeinsam Politik gemacht haben!

Und diese Politik würden wir gerne in eine Verlängerung schicken!

Und zwar in eine Verlängerung, um weiter an den Themen zu arbeiten, und im Bundesrat, und im Bundestag, aber auch im Europaparlament brauchen wir eine andere Form von politischer Gestaltung.

Wir dürfen Europa den Schreihälsen nicht überlassen, wir dürfen es nicht den Kriegstreibern überlassen, wir dürfen es nicht dem Trump überlassen und ja, wir brauchen ein Bekenntnis, das ganz Europa eine Friedensbeziehung miteinander braucht, unter Einschluss der Ukraine und Russland! Wir können uns nicht weiter treiben lassen in diese Konflikte dieser Welt.

Und deswegen, liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass dieses Land die Begriffe Solidarität und soziale Sicherheit auch spürt!

Dass damit jeder Einzelne gemeint ist!

Und dass an dem Reichtum dieses Landes alle mitarbeiten, unabhängig davon, ob sie Ost oder West, Nord oder Süd, Inländer oder Ausländer, Mann oder Frau, gesund oder krank sind. Alle zusammen sind wir das Staatsvolk und alle zusammen sollten wir in diesem Staatsvolk, und da meine ich Staatsvolk, dass jeder auch das Recht haben muss, wählen zu dürfen und jeder auch Teil dieses ganzen Volks sein soll. Lasst uns in der Vielfalt stark sein für eine gute Zukunft in Thüringen!

[Applaus] [Applaus] [Applaus] [Applaus] [Applaus] [Applaus] [Applaus] [Applaus]